



## Ausgabe Juni 2011

### inhalt

#### 3 thema

Europa protestiert – zu Recht, meinen junge GewerkschafterInnen

#### 4 schule, ausbildung, studium + beruf

WSI: Auswertung der Ausbildungsvergütungen 2010

GEW: Privatschulen in der Kritik

#### 5 azubi-ratgeberin

Praktika in der dualen Ausbildung

#### 6 projekte

Attac-Kongress: Langsamer wachsen

Gewerkschaftsjugend tanzt Radioballett

#### 7 bezirke + gewerkschaften

IG BAU-Jugend bildet junge

Palästinenser aus

## Wir sind Demokratie

### Jugendprogramme: Der DGB-Bundesjugendausschuss hat sich zur »Extremismusklausel« positioniert.

Wer etwas gegen Rechtsextremisten tut, der muss auch etwas gegen Linksextremisten tun!« – das ist die Devise der Bundesregierung. Initiativen, die für ihre Arbeit eine Mitfinanzierung aus Bundes- oder Landesmitteln beantragen, sollen demnach eine Erklärung gegen »Extremismus« unterzeichnen. Denn die neu ausgerichteten und erweiterten Programme der Bundesregierung, mit denen Jugendarbeit finanziert werden soll, sollen sich nach allen Seiten abgrenzen – gegen Rechts- wie Linksextremismus. Und natürlich auch gegen den Islamismus.

Dabei sind die vom Verfassungsschutz geprägten Definitionen diffus und fragwürdig: Ausländerfeindlichkeit oder Antisemitismus können so etwa zu Randphänomenen erklärt werden, obwohl sie dies gar nicht sind. Eine Politik solchen Zuschnitts hat den einzigen Zweck, antifaschistische Initiativen zu diskreditieren, vermutet man bei der DGB-Jugend: »Es greift zu kurz, sich nur auf die Handlung zu konzentrieren und nicht die Motivation der Handelnden zu hinterfragen«, heißt es in einem Beschluss,

den der DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) daher auf seiner Tagung am 25. Mai 2011 in Hattingen gefasst hat.

»Mit der »Extremismusklausel« sollen unter Führung des Bundesfamilienministeriums Aktive der linken Szene anhand von gewalttätigen Beispielen mit rechten Gewalttätern gleichgesetzt werden. Gerade als Gewerkschaften sollten wir uns von jeglicher Unterteilung politischer Strömungen in »Extremisten« distanzieren – zumal diese Logik die Gefahr birgt, dass Gewerkschaften sehr schnell in die »extremistische Ecke« gestellt werden«, heißt es in dem Papier.

Die DGB-Jugend wird sich nun für eine politische Zurückweisung der Extremismustheorie und der damit verbundenen Stigmatisierung von antifaschistischem Engagement einsetzen sowie in Bündnissen auf eine gemeinsame entsprechende Positionierung hinwirken.

Zentrale Punkte für die Gewerkschaftsjugend sind Demokratie, Menschenrechte, Gewaltprävention, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Der Kampf gegen Militarismus, Nationalismus und Rassismus ist eines ihrer Hauptanliegen. Bekennender Antirassismus sei kein Extremismus, so der BJA-Beschluss, »sondern gesellschaftlich notwendige Zivilcourage«. ■

## Mehr Mindestlohn



Germany's next top site: Die Mindestlohn-Internetseite zeigt sich in neuem Look! Der DGB hält Mindestlöhne für das wichtigste Instrument, einer Niedriglohnkonkurrenz zu begegnen. Das geht insbesondere junge ArbeitnehmerInnen an. Gefordert: 8,50 Euro die Stunde.

[www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)

## Datenreport 2011

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) stellt den Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011 bereit. Er bietet umfassende Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland.

[www.bibb.de/datenreport](http://www.bibb.de/datenreport)

### Scharfe Kritik

**DEHOGA-Zahlen** // Die DGB-Jugend hat scharfe Kritik am Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) geübt, der im Mai 2011 seine Jahresbilanz mit guten Zahlen vorgelegt hat. Bundesjugendsekretär **René Rudolf**: »Statt sich selbst zu feiern, sollte der DEHOGA-Bundesverband endlich etwas gegen die miesen Ausbildungsverhältnisse in der Branche unternehmen.«

Die Arbeitsbedingungen dort sind hart, es gibt viel zu viele Überstunden, der Umgangston ist oft sehr harsch.

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de), [www.dehoga.de](http://www.dehoga.de)

### Mit Lücke

**Ausbildungszahlen** // Zum 31. Mai 2011 haben 447.572 junge Menschen bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz die Bundesagentur für Arbeit eingeschaltet. 424.789 betriebliche Ausbildungsplätze waren verfügbar. Die betriebliche Lücke liegt also aktuell bei 22.783 fehlenden Ausbildungsplätzen.

Die ganze Bescherung auf [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de) und auf [www.bundesagentur.de](http://www.bundesagentur.de)

### Europaweit einig

**»Athener Manifest« der Gewerkschaften** // Vom 16. bis 19. Mai 2011 diskutierten in Athen 500 Gewerkschaftsdelegierte aus 36 Ländern über eine politische Strategie für Europa. Motto: »Mobilising For Social Europe.«

Die 82 Mitgliedsverbände des Europäischen Gewerkschaftsbundes einigten sich auf die politischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre, festgeschrieben im »Athener Manifest«. Hier sind die Prioritäten zusammengefasst, mit denen sich die Gewerkschaften gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, gegen rigide Sparkonzepte und Beschäftigungsabbau stemmen.

[www.dgb.de/-/j5T](http://www.dgb.de/-/j5T)

### Von wegen Fachkräftemangel

**Wirtschaft I** // In Deutschland arbeitet bereits mehr als jeder zweite jugendliche Vollzeit-Arbeitnehmer zwischen 15 und 24 Jahren im Niedriglohnsektor, berichtet die »Leipziger Volkszeitung« unter Berufung auf eine statistische Auswertung der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit. Das Einkommen für die NiedriglöhnerInnen liege rechnerisch unter zwei Dritteln des sozialversicherungspflichtigen Bruttoverdienstes.

Seit 2000 sei über ein Jahrzehnt hinweg der Gesamtanteil dieser Geringverdienenden stetig gestiegen. Im Osten Deutschlands lägen die Anteile der Niedriglohn-BezieherInnen zwischen 41,2 (Brandenburg) und 44,5% (Mecklenburg-Vorpommern). Spitzenreiter in Westdeutschland ist Schleswig-Holstein mit 23,7%.

**Soli aktuell meint:** Armut kommt von oben.

[www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de), [www.lvz-online.de](http://www.lvz-online.de)

### Der Laden brummt

**Wirtschaft II** // Und jetzt was Schönes: Die deutsche Wirtschaft ist gut ins neue Jahr 2011 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt legte im Vergleich zum Vorquartal um 1,5% zu – und übertraf bereits wieder das Vorkrisenniveau von Anfang 2008.

**Soli aktuell meint:** Wohlstand kommt von unten.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Germany, immer weniger points

**Rentenansprüche** // Jüngere Beschäftigte sammeln immer weniger Renten-Punkte: Zudem haben diese Punkte für viele Versicherte durch die Renten-Reformen der vergangenen Jahre auch noch an Wert verloren, wie eine aktuelle Studie nachweist. Das Niveau der gesetzlichen Alterssicherung wird daher auch weiterhin sinken.

**Falko Trischler, Ernst Kistler: Wandel im Erwerbsverlauf und Rentenanspruch. Forschungsprojekt »Gute Erwerbsbiographien«, Mai 2011, [www.boeckler.de/320\\_113987.html](http://www.boeckler.de/320_113987.html)**

### Arbeitsverhältnisse im Sport

**Niedrigstlohndebatte weltweit** // Im Jahr 2011 gibt es die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen im Gastgeberland Deutschland. Die Aktionszeitung »Anpiff« der Christlichen Initiative Romero beleuchtet kritisch das Verhältnis der Sportindustrie zur Herstellung von Sportbekleidung.

Eine Online-Aktion zu diesem Thema hat die Kampagne für Saubere Kleidung gestartet.

[www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de), [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)



### Frankreich schlägt zurück

**Facebook-Mobbing** // Wer seine MitschülerInnen bei Facebook mobbt, soll in Frankreich von der Schule geworfen werden. Zusätzlich soll den TäterInnen das Facebook-Konto gesperrt werden. Darauf einigte sich die französische Regierung mit dem sozialen Netzwerk.

Laut einer Studie wird in Frankreich jedes zehnte Kind gemobbt. LehrerInnen sollen künftig bei Facebook schauen, ob ihre SchülerInnen gemobbt werden – dann sollen die TäterInnen bestraft werden.

[www.dradio.de](http://www.dradio.de)

### Mit Kindergeld

**Freiwilligendienst** // Die rund 35.000 Freiwilligen, die den Wegfall des Zivildienstes in Deutschland pro Jahr ausgleichen sollen, haben künftig Anspruch auf Kindergeld. Das geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung hervor. Der Kindergeldanspruch galt bisher nur im Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahr.

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

### Bessere Zahlen

**Out now: Drogenbericht 2011** // Minderjährige trinken, rauchen und kiffen deutlich weniger als früher. Das geht aus dem Drogenbericht 2011 der Bundesregierung hervor.

2010 tranken 13% der 12- bis 17-Jährigen mindestens einmal in der Woche Alkohol. 2004 waren es noch 21%. 13% der Jugendlichen in diesem Alter rauchen, 2001 waren es noch 23%. 68% der minderjährigen Jugendlichen gaben an, noch nie in ihrem Leben geraucht zu haben. 2001 waren es nur 41%.

Kleiner, tja, Wermutstropfen: Die Zahl der jungen KomasaüferInnen stieg – es gab 2,8% mehr bei den Krankenhauseinlieferungen.

<http://drogenbeauftragte.de>

### Auslandsaufenthalt

**BAföG und Azubis** // Wer als Azubi ein freiwilliges Praktikum im Ausland ableistet, hat ein Anrecht auf BAföG. Eine angehende Erzieherin hatte vor dem Verwaltungsgericht Münster geklagt, weil sie für ein einjähriges Praktikum in den Niederlanden kein BAföG bekommen hatte. Eine ungerechtfertigte Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit nach dem EU-Vertrag sei dies, entschied das Gericht.

Das Urteil ist allerdings nicht rechtskräftig, eine Revision ist zugelassen.

**Verwaltungsgericht Münster, Az.: 6 K 919/08, [www.sozialleistungen.info](http://www.sozialleistungen.info)**

### Kuschelpädagogik

**Energiesparschule** // Das neue Schulzentrum in Lübtheen (Kreis Ludwigslust) wird allein durch Erd- und Körperwärme beheizt. »Ein Schulgebäude ohne Heizkosten gibt es in ganz Deutschland noch nicht«, sagt Innenminister **Lorenz Caffier** (CDU).

Die Schule ist ein so genanntes Passivhaus, isoliert wie eine Thermoskanne. Die meiste Energie liefern die Kinder durch ihre Eigenwärme. Bevor sie morgens kommen, wird die Schule aber mit Erdwärme aus einer gut 120 Meter tiefen Bohrung beheizt. Gelüftet wird extra.

[www.greenpeace-magazin.de](http://www.greenpeace-magazin.de)

### Bildungsrepublik

**Dissen mit dem Doktor** // Auch **Silvana Koch-Mehrin** (FDP) und **Veronika Saß**, die Tochter von Ex-Ministerpräsident **Edmund Stoiber** (CSU), sollen weite Teile ihrer Dissertation abgeschrieben haben.



**S. Koch-Mehrin**

**Soli aktuell sagt:** Aha. So langsam kriegt das Wort »Dissen« echt 'ne neue Bedeutung.

### Zitat des Monats

»Bachelorabsolventen gelingt der Berufseinstieg überwiegend reibungslos.«

**Soli aktuell sagt:** Wenn das mal stimmt!

**Studie des Hochschulinformationssystems. Im Download: [www.his.de/pdf/22/Mit\\_dem\\_Bachelor\\_in\\_den\\_Beruf.pdf](http://www.his.de/pdf/22/Mit_dem_Bachelor_in_den_Beruf.pdf)**

# Berechtigter Protest

**Jugend, Gewerkschaften und die Spanische Revolution gehören zusammen, sagt Cristina Bermejo Toro.**

**D**ie »Bewegung des 15. Mai« ist so plötzlich wie berechtigt über die spanische Gesellschaft hereingebrochen: Tausende von Menschen, vor allem junge Leute, haben sich organisiert, um wirkliche Demokratie und echte Lösungen für die Wirtschaftskrise zu verlangen – Politik also, die sich nach den Menschen richtet und nicht nach den Interessen der Märkte.

Das provisorische Lager an der Puerta del Sol in Madrid gilt als Epizentrum dieser Protestwelle, die sich im ganzen Land ausgebreitet hat – und die auch in einigen europäischen und sogar lateinamerikanischen Städten Anklang gefunden hat. Unter dem Motto der »Empörung« haben sich in den letzten Wochen BürgerInnen unterschiedlichster Herkunft und politischer Zugehörigkeit den Protesten gegen die Politik in der Folge der Krise – dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Verweigerung von Grundrechten – angeschlossen.

**Ihren Ursprung hat die »Empörung«** im Mai 2010. Die Regierung beschloss Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und schränkte die sozialen Rechte ein – eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen. Das Wachstum der spanischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt beruhte vor allem auf dem Erfolg der Baubranche, der bis Mitte 2008 anhielt. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat jedoch die Schwäche unseres Systems offenbart. Kurze Zeit später geriet das Land in ein Konjunkturtief, Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet, am meisten die der jungen ArbeitnehmerInnen. Deshalb hatten die Gewerkschaften CCOO und

## Die Spanische Revolution

Die anhaltenden Proteste in Spanien sind spontane Demonstrationen, bei denen soziale, wirtschaftliche und politische Missstände kritisiert werden. Die »Bewegung 15. Mai« (Movimiento 15 M) oder der »Empörten« (Indignados), entstand in sozialen Netzwerken. In den Medien wird auch von der »Spanischen Revolution« gesprochen.

Die landesweiten Proteste begannen am 15. Mai 2011 mit einem Aufruf in 58 spanischen Städten. Auf Madrids Puerta de la Sol richteten die AktivistInnen eine Zeltstadt nach dem Vorbild des Lagers auf dem Kairoer Tahir-

Platz ein. Auch in anderen europäischen Ländern kommt es mittlerweile zu Protesten.

Die – meist jungen – DemonstrantInnen fordern einen grundsätzlichen Wandel in der spanischen Politik und der Gesellschaft: Sie fühlen sich von den politischen Parteien nicht repräsentiert – diese ergriffen keinerlei Maßnahmen zum Nutzen der jungen Generation. Die bleibt in der fragilen spanischen Wirtschaft außen vor, das Land liegt seiner immens hohen Jugendarbeitslosenquote ganz vorn in Europa. ▀

[www.ccoo.es/jovenes/](http://www.ccoo.es/jovenes/)

UGT auch zum Generalstreik am 29. September 2010 aufgerufen.

Die Lage verschärfte sich zusätzlich, weil wirksame politische Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung fehlten. Die von Regierung und Europäischer Kommission durchgeführten Kürzungsmaßnahmen hinterließen eine düstere Landschaft: Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 21,29 Prozent, unter jungen ArbeitnehmerInnen erreicht sie sogar 45 Prozent.

**Kein Wunder**, dass es zur »Empörung« kommt: Ein wichtiges Kennzeichen der »Bewegung 15. Mai« ist, dass es keine Anbindung an politische Parteien, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen gibt. Die Protestbewegung wird sich in den Bürgerversammlungen fortsetzen, die nun dezentral in Städten und Gemeinden stattfinden. Wir als Gewerkschaft stellen uns hinter die Proteste:

Weil wir der Überzeugung sind, dass die BürgerInnen jeden Grund haben, ihre Beschwerden zu äußern. Wir beteiligen uns auf individueller Basis an den Kundgebungen und Versammlungen – und wir kämpfen für die Rechte und Interessen der ArbeitnehmerInnen. Abgesehen von den objektiven Ergebnissen, die erreicht werden können, haben die Unruhen den starken Widerstand der spanischen BürgerInnen gegen eine ungerechte Politik veranschaulicht, die von Seiten der Banken, der spekulativen Märkte und der internationalen Finanzinstitutionen gesteuert wird.

Die Regierung und die Parteien sollten dieses einmalige politische Ereignis zur Kenntnis nehmen und eine Kehrtwende in ihrer Politik vornehmen. ▀

**Cristina Bermejo Toro ist Leiterin der Jugendabteilung bei der spanischen Gewerkschaft CCOO.**



## Politik von unten

**Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie: Die Gewerkschaftsjugend schreibt die erste umfassende Darstellung der Proteste in Europa.**

Die erste umfassende Darstellung über politische Proteste in Europa mit dem Titel »Protest – Bewegung – Umbruch« bündelt in 14 Beiträgen von Aktiven, JournalistInnen und Experten den Gestaltungswillen junger Menschen im Kampf für ihre Ziele.

Die Herausgeber, die jeweiligen Bundesjugendsekretäre ihrer Organisation, René Rudolf (DGB-Jugend), Ringo Bischoff (ver.di Jugend) und Eric Leiderer (IG Metall-Jugend), dokumentieren in dem Sammelband das neue

Selbstverständnis der 20- bis 40-Jährigen. Aktuell zeigt die »Bewegung 15. Mai« in Spanien, wie die junge Generation protestiert und welche Kraft sie entfalten kann, bis ihnen Regierungen endlich zuhören.

Das Buch wendet sich aber auch an die jungen Leute, die ihren Unmut bisher höchstens durch Wahlenthaltung äußerten. ▀

**René Rudolf, Ringo Bischoff, Eric Leiderer (Hg.): Protest – Bewegung – Umbruch. Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie, VSA-Verlag, Hamburg 2011, 176 S., 12,80 Euro**  
[www.protest-bewegung-umbruch.de](http://www.protest-bewegung-umbruch.de)



**»Wir als Gewerkschaft stellen uns hinter die Proteste: Die BürgerInnen haben jeden Grund, sich zu beschweren.«**

# Große Differenzen möglich

**Einmal im Jahr analysiert das WSI-Tarifarchiv die Ausbildungsvergütungen nach Branche und Ausbildungsjahr. 2010 gab es beim gleichen Beruf Unterschiede von bis zu 388 Euro im Monat.**

Die Spanne ist groß: Ausbildungsvergütungen variieren von 332 Euro im privaten Verkehrsgewerbe Thüringen im ersten Ausbildungsjahr bis zu 1.339 Euro im Bauhauptgewerbe West im vierten Ausbildungsjahr. Die Ausbildungsvergütungen stiegen – wenn sie stiegen – zwischen einem (öffentlicher Dienst) und rund sieben Prozent (Eisen- und Stahlindustrie NRW). Dies geht aus einer Auswertung von Tarifverträgen in ausgewählten Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen hervor, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) im Mai 2011 in Düsseldorf vorgelegt hat.

»Die aktuellen Ausbildungsvergütungen zeigen ähnliche Differenzierungen wie die Tariflöhne und -gehälter«, sagt WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. »Neben bundeseinheitlichen Tarifverträgen gibt es solche mit starken regionalen Unterschieden, häufig verbunden mit einem West-Ost-, aber auch mit einem Süd-Nord-Gefälle.«

Legt man das dritte Ausbildungsjahr zugrunde, reichen die regionalen Differenzen bei

den Vergütungen je nach Wirtschaftszweig von 78 bis zu 388 Euro im Monat. Beispiel Textilindustrie: Hier geht's von 648 Euro im Osten bis zu 878 Euro in Hessen (ab 18 Jahre). Im Hotel- und Gaststättengewerbe sind die Abstände ähnlich: Auf den Nordseeinseln gibt es 507 Euro, in Bayern dagegen 770 Euro.

**Auch zwischen West und Ost** gibt es, etwa im Bauhauptgewerbe, große Unterschiede: Im Westen erhalten die Azubis 1.227 Euro, im Osten 950 Euro.

Gut aufgestellt ist hingegen die Metall- und Elektroindustrie. Hier fallen die regionalen Unterschiede mit bis zu 78 Euro relativ gering aus: Die Ausbildungsvergütungen reichen von 884 Euro in NRW bis zu 962 Euro in Baden-Württemberg.

Bundesweit einheitliche tarifliche Ausbildungsvergütungen gibt es zum Beispiel bei der Bahn (810 Euro), bei Banken (905 Euro) und Versicherungen (927 Euro).

In einigen Tarifbereichen gab es auch gar keine Erhöhungen, wie etwa in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Bei Post AG und Banken wurden nur Einmalzahlungen vereinbart.

**Bei der Gewerkschaftsjugend** werden die großen Unterschiede kritisiert: »Wir setzen uns dafür ein, dass alle Auszubildenden eine ähnliche und vor allem: faire Vergütung bekommen,

die für eine selbstständige Lebensführung ausreicht«, sagt Benjamin Krautschat, bei der DGB-Jugend für Ausbildungsfragen zuständig.

Hinweis: Auch das Bundesinstitut für Berufsbildung gibt jedes Jahr Zahlen zu den Ausbildungsvergütungen heraus. Sie werden jedoch nach Berufen sortiert und dann als Durchschnittswert berechnet. ▀

Das WSI-Tarifarchiv bietet zu den Ausbildungsvergütungen einen laufend aktualisierten Online-Service an: [http://boeckler.de/show\\_ausbildung.html](http://boeckler.de/show_ausbildung.html)

## Die Datenlage

**51** Prozent der Bachelor-Studierenden sprechen von zu hoher Leistungsanforderung im Studium. (2001: 39 Prozent)

**40** Prozent sagen, dass es zu viele Einzelprüfungen pro Semester gibt.

**50** Prozent machen sich Sorgen, ob sie den Abschluss schaffen.

**60** Prozent der Studierenden fühlen sich durch intensive Erwerbsarbeit stark belastet. ▀

Quelle: 11. Studierendensurvey, Uni Konstanz

# Soziale Spaltung

**Die Zahl der SchulabgängerInnen ohne Abschluss soll gesunken sein. Dafür gehen mehr Kinder und Jugendliche auf Privatschulen.**

Der Anteil von SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss ist in Deutschland von 8,5 Prozent im Jahr 2004 auf sieben Prozent im Jahr 2009 gesunken. Das schreibt die Bundesregierung im Frühjahr 2011 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Opposition. Titel: »Soziale Aspekte im Bildungsbereich in Deutschland.«

Wie immer bei der Bildung gibt es auch bei diesen Zahlen starke Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: So ist der Anteil in Baden-Württemberg von sieben Prozent im Jahr 2004 auf 5,6 Prozent im Jahr 2009 gesunken. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen stieg die Zahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss in demselben Zeitraum von 9,2 auf 15,4 Prozent! Insgesamt

könne also keine Entwarnung gegeben werden. Wie die Regierung aber auch mitteilt, ist der Anteil der SchülerInnen, die private Schulen besuchen, von 5,7 Prozent im Jahr 1992 auf 9,5 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Besonders stark wuchs die Zahl dabei in den neuen Bundesländern an.

Die Gewerkschaften sehen das Engagement der Privatschulen nicht gern. So hält die GEW »diese sozial meist sehr selektiven Schulen und die staatlichen Zuschüsse dafür« nicht mit dem Grundgesetz für vereinbar – so das Ergebnis einer brandneuen von der GEW in Auftrag gegebenen Studie. ▀

Bundestagsdrucksache 17/5001. Im Internet: [dip.bundestag.de/btd/17/050/1705001.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/17/050/1705001.pdf)

Die GEW-Studie »Die Herausforderung des Schulwesens durch private Schulen – Aktuelle Rechtsfragen« im Internet: [www.gew.de/Privatschulen\\_rechtlich\\_teils\\_auf\\_toenernen\\_Fuessen.html](http://www.gew.de/Privatschulen_rechtlich_teils_auf_toenernen_Fuessen.html)

## Grauer Schulalltag

Sie fühlen sich allein, unverstanden oder antriebslos: Nach einer neuen DAK-Studie leidet fast jeder dritte Schüler unter depressiven Stimmungen. Die Probleme der Jugendlichen hängen oft mit Schulstress und Leistungsdruck zusammen. Das zeigt eine aktuelle Befragung von fast 6.000 Jungen und Mädchen zwischen elf und 18 Jahren, die die Universität Lüneburg im Auftrag der Krankenkasse an 25 Schulen in sieben Bundesländern durchgeführt hat.

Viele Kranke sitzen in Hauptschulen: Dort ist die Zahl der betroffenen SchülerInnen mit 32% deutlich größer als an Gymnasien mit 24%. Bei SchülerInnen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil mit 36% besonders hoch.

Es sei wichtig, die LehrerInnen für die Symptome zu sensibilisieren und offene Beratungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch gezielte Elternangebote zum Thema seien erforderlich. ▀

[www.dak.de](http://www.dak.de)

# Nichts ist verbindlich geregelt

**Die andere »Generation Praktikum«: Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist auch jenseits des Hochschulstudiums schwer. Oftmals landen Jugendliche schon vor der regulären Ausbildung in Praktika oder Warteschleifen. Und die verfolgen nicht immer das Ziel einer qualifizierten Berufsausbildung.**

**M**anuel erzählt: »Wow! Endlich ich habe eine Ausbildungsstelle gefunden – und davor kann ich sogar noch ein Vorbereitungspraktikum von sechs Monaten machen, um die Zeit bis zum Ausbildungsbeginn zu überbrücken.«

Wir treffen Manuel neun Monate später. Er ist sehr geknickt, da er in der Probezeit seiner Ausbildung dann doch noch gekündigt wurde. Zur Begründung hieß es, dass er kein Interesse an seiner Ausbildung zeige und nicht für den Beruf geeignet scheine. Der junge Mann versteht die Welt nicht mehr – und das zu Recht: Wozu sich über ein halbes Jahr abrackern, wenn es dann doch nicht klappt?

Wichtig ist es, frühzeitig zu reagieren und skeptisch zu sein. Ein Schnupperpraktikum schon vor der Ausbildung zu machen, kann vielleicht sinnvoll sein. Denn oftmals ist die Praxis dann doch anders als SchulabgängerInnen sich den »Traumberuf« vorstellen und Berufsinfoblätter in der Theorie beschreiben.

Aber unangemessen lange Praktika wie im Falle von Manuel sind mit Vorsicht zu genießen. In einer kürzeren Zeitspanne von ein bis zwei Wochen ist sicherlich auch schon festzustellen, ob einem das Berufsbild gefällt und das Team passt.

Kopieren, Ablage machen, Kaffee kochen – oder doch schon als vollwertige Arbeitskraft eingesetzt werden: All dies ist nicht Sinn und Zweck eines Praktikums. Hier sollten auch frühzeitig die Alarmglocken klingeln. Denn es geht

**Warum nicht mit den Auszubildenden, die bereits im Unternehmen sind, mal einfach so Kontakt aufnehmen?**

vorrangig darum, das Berufsbild kennenzulernen und sich so auf eine Ausbildung vorzubereiten.

PraktikantInnen sollten also nicht in die tägliche Verrichtung der Arbeiten mit eingeplant werden und Verantwortung übernehmen. Sondern mitlaufen, um Einblicke in das Berufsfeld zu bekommen. Ein Praktikantenvertrag mit festgelegten Inhalten eines Praktikums kann hier einen klaren Rahmen schaffen.

Eine verbindliche Regelung, die eine Praktikumsvergütung festlegt, gibt es indes nicht. Auch wenn es sich um ein verpflichtendes Schulpraktikum handelt, besteht keine Vergütungspflicht. Dennoch ist die Anerkennung wichtig – und eine Praktikumsvergütung sollte auf jeden Fall angesprochen werden.

Wichtig ist auch die Abgrenzung zwischen einem Praktikum und einem Arbeitsverhältnis: Ein Praktikum dient dazu, Kenntnisse über die Fertigkeiten und Erfahrungen zu vermitteln, die in einer Gesamtausbildung notwendig sind. Liegt aber der Fokus eines Praktikums auf der Erbringung von Arbeitsleistung, handelt es sich um ein Arbeitsverhältnis. Der Praktikant ist dann ein »Arbeitnehmer« – und kann auch die entsprechende Vergütung einfordern.

**Ist eine erneute Probezeit** im Arbeitsverhältnis nach dem Praktikum, wie in Manuels Fall, überhaupt zulässig? Wenn es sich um ein vorgeschaltetes Praktikum im gleichen Unternehmen als Vorbereitung zu einem Arbeitsverhältnis handelt, kann es unter bestimmten Umständen auf die Probezeit einer Ausbildung angerechnet werden. Eine erneute Probezeit zu Beginn der Ausbildung ist dann unter Umständen sogar überhaupt nicht zulässig.

Allerdings ist im Streitfall der Auszubildende in der Beweispflicht. Und die Gerichte urteilen hier sehr unterschiedlich. Ein Praktikumsbericht mit allen Tätigkeiten und Bereichen, in die Einblick gewährt wurde, ist oftmals von Vorteil. So auch im Fall von Manuel: Weil er während seines Praktikums schon die gleichen Tätigkeiten ausgeübt hat wie Auszubildende im ersten Lehrjahr.

Ob ein Praktikum in Vorbereitung auf eine Ausbildung seriös ist, kann auch daran gemessen werden, wie die Chancen stehen, anschließend in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Liegt schon ein vorbereiteter Arbeitsvertrag vor, ist auf jeden Fall der gute Wille des Unternehmens erkennbar. Wenn es auf 20 Praktikantenstellen einen Ausbildungsplatz gibt und das Unternehmen von PraktikantInnen lebt, die dort als vollwertige Arbeitskräfte eingebunden sind, sollte man skeptisch sein.

Tipp: Oftmals ist es sinnvoll, mit den Auszubildenden, die bereits im Unternehmen sind,



Termin bei  
Dr. Azubi mit  
Julia Kanzog

Kontakt aufzunehmen und nachzufragen, wie das Klima im Unternehmen ist und wie viele PraktikantInnen es dort gibt.

Falls schon während des Praktikums die Signale schlecht sind, ist es wichtig, sich schnell nach einer neuen Praktikanten- oder Ausbildungsstelle umzusehen. Auch während des Praktikums kann gekündigt werden, ganz wie in einem normalen befristeten Arbeitsverhältnis. Im Klartext: Entweder fristlos aus »wichtigem Grund«, in Einvernehmen mit dem Arbeitgeber in Form eines Aufhebungsvertrages oder »ordentlich«, wenn dies im Praktikumsvertrag vereinbart worden ist.

**Zu guter Letzt:** Wie sieht es mit einem Praktikumszeugnis aus? Als Praktikant hat man auch Anspruch auf ein qualifiziertes Zeugnis, d.h. es muss Angaben über Art, Dauer und Ziel des Praktikums und über erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse enthalten.

Hier gilt der Grundsatz der Wahrheitspflicht: Fordert der Praktikant ein überdurchschnittlich gutes Zeugnis, so hat er die besseren Leistungen nachzuweisen.

Schreibt der Arbeitgeber ein unterdurchschnittliches Zeugnis, so ist er in der Beweispflicht, was die Leistungen des Praktikanten angeht. ▀

## Duale Ausbildung: Checkliste Gutes Praktikum

Mit der folgenden Checkliste kann die Seriosität eines Vorbereitungspraktikums auf eine Ausbildung geprüft werden:

- Gibt es einen Praktikantenvertrag?
- Wurde eine Praktikantenvergütung vereinbart?
- Dauert das Praktikum maximal drei Monate?
- Gibt es einen Rahmenplan?
- Gibt es realistische Aussichten auf einen Ausbildungsplatz nach dem Praktikum?
- Welche Inhalte verfolgt das Praktikum?
- Gibt es einen Ansprechpartner/Betreuer im Betrieb?
- Wird es ein Praktikumszeugnis geben?

# Krise als Chance

**2.500 TeilnehmerInnen, über 100 Veranstaltungen: Beim Kongress »Jenseits des Wachstums« war das Interesse an Alternativen groß. Denn so wie jetzt geht es nicht weiter, sagt Elke Michauk.**

**A**uf globale Herausforderungen müssen globale Lösungen gefunden werden. Der Kongress vom 20. bis 22. Mai 2011 in der Technischen Universität Berlin gab hierzu vielfältige Anstöße, hat die Augen für bereits gelebte Alternativen und den Raum für grundlegende Fragen nach dem »buen vivir« (gutem Leben) geöffnet. Nun ist es an uns, diese aufzugreifen und in den alltäglichen Kampf einzubinden.

**Das Fazit des Kongresses** aus gewerkschaftlicher Sicht: »Fortschritt« und »Entwicklung« lassen sich allgemein unter dem Paradigma »Höher, schneller, weiter« fassen. Das ist die kapitalistische Wachstumslogik: eine Ökonomie, die auf der Ausbeutung ökologischer, materieller und menschlicher Ressourcen beruht und auf allumfassende Akkumulation abzielt.

Vor diesem Hintergrund lässt sich – in einer vereinfachten – Argumentationskette schnell der Zusammenhang zwischen verschiedenen Bereichen herstellen: Auseinandersetzungen um Ressourcen werden auf Grund von Preisanstiegen für Rohmaterial unmittelbar über die Lebenshaltungskosten an den Verbraucher weitergegeben. Durch steigende (Über-)Lebenskosten bei stagnierenden Löhnen und steigender Arbeitszeit verschärft sich die soziale Schieflage.

Die Folge: Soziale Konflikte nehmen zu – und damit nationaler Protektionismus in einer

## »Wirtschaftsdemokratie jetzt!«

**Der Wachstumskongress – das sagen TeilnehmerInnen:**

»Besonders Vandana Shivas Vortrag hat mir aufgezeigt, dass hinter der »Wachstumslogik« – Wachstum gleichbedeutend mit mehr Wohlstand – eigentlich nur heiße Luft steckt. Das Thema muss gerade auch in Gewerkschaftskreisen auf die Tagesordnung kommen. Eine Gewerkschaft ist dann schlagkräftig, wenn sie vielschichtig ist und nicht nur »die« eine Lösung bereithält, sondern stets auch Alternativen aufzeigt.«

**Sorusch Ebrahimi, IG Metall-Jugend**

»Ich glaube, dass es richtig und gut ist, nach einer mittelfristigen Alternative zu unserem

jetzigen Wirtschaftssystem zu suchen. Besonders spannend ist für mich in diesem Zusammenhang die Diskussion über die Wirtschaftssteuerung und Planung durch die Demokratisierung der Betriebe – die »Wirtschaftsdemokratie.«

**Jörg Grünfeld, ver.di Jugend**

»Der Kongress war für mich impulsgebend. Die verschiedenen Postwachstumsstrategien stellten doch recht eindrucksvolle Alternativen dar. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es dabei wichtig, nicht überall und zwingend auf Schrumpfen zu setzen, sondern gemeinsam mit den KollegInnen den notwendigen Umbau zu organisieren.«

**Michael Wagner, ver.di Jugend**

globalisierten Welt, der nicht zuletzt den Rechten in die Hände spielt.

**Eine verkürzte**, einseitig auf einer Kapitalismuskritik fußenden, nationalen Wachstumskritik hilft also bei der Suche nach Alternativen nicht unbedingt weiter. Vielmehr bedarf es einer dezidierten, globalen Betrachtung der kapitalistischen Ökonomie, die sich u.a. in Konsumlogik über Werbung und Bedürfnissuggestion äußert.

Zugleich ist die Dekonstruktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen nicht außer acht zu lassen, da sie Zusammenhänge zwischen zunächst unabhängig nebeneinander bestehenden Systemen ermöglicht.

Für die Gewerkschaften heißt dies: weg von national bestimmtem Wachstumsparadigma und Standortlogik. Hin zu Arbeitszeitverkürzung, internationaler Solidaritäts- und Kampagnenarbeit sowie grenzüberschreitender, koordinierter Tarifpolitik.

Und nicht zuletzt sollte dabei die Eigentumsfrage – neu – gestellt und die Wirtschaftsdemokratie belebt werden. ▀

**Elke Michauk ist für die DGB-Jugend beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac aktiv.**



**Dokumentationsblog der Konferenz:**  
<http://blog.jenseits-des-wachstums.de>

## Radio an!



Rund 200 Delegierte und Aktive der ver.di Jugend besetzten zum Auftakt ihrer Bundesjugendkonferenz im Mai 2011 den Berliner Alexanderplatz. Mit einem Radioballett machten sie das Lebensgefühl prekär Beschäftigter erlebbar.

Die Aktiven erhielten Handlungsanleitungen über tragbare Radios mit Kopfhörern. Unterstützt durch die richtige Musik endete das Ballett mit dem drastischen Bild erschossener Menschen: Die Aktiven lagen mit einheitlichen T-Shirts mit aufgemalten Einschusslöchern am Boden. Daneben war zu lesen: »Vom Sparpaket getroffen.«

»Die Politik der Bundesregierung wälzt die Kosten der Krise auf die Jugend ab«, erklärte ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff. Junge Menschen seien bereits heute überdurchschnittlich von unsicherer Beschäftigung betroffen. ▀

**Eine Diashow der Aktion gibt's auf**  
[www.zukunft-machen.org](http://www.zukunft-machen.org)



Fotos: ver.di Jugend

# Der gute Ruf ist wichtig

**Die IG BAU qualifiziert junge Palästinenser in Bauberufen. IG BAU-Bundesjugendsekretär Christian Beck sagt, wie das läuft.**

Ihr habt sechs jungen Palästinensern die Möglichkeit gegeben, sich acht Wochen lang in Nürnberg in modernen Bautechniken fortzubilden. Kann man in der Zeit genug lernen? Die Zeit ist natürlich knapp. Aber das Programm ist sehr eng geschnürt und die Kollegen sind sehr wissbegierig, lernen schnell. Von daher können sie aus der Fortbildung viel mitnehmen.

**Welche Häuser müssen in Palästina gebaut werden?**

In erster Linie dominiert eine einfache Bauweise. Innen ist die Ausstattung oft hochwertiger: Marmorfußböden usw. sollen Status symbolisieren. Viele Menschen verschulden sich daher beim Hausbau, um nach außen hin ihr Gesicht nicht zu verlieren.

**Werden die Job-Aussichten der Jugendlichen durch das Projekt besser?**



Foto: IG BAU

Ja. Vor Ort werden Aufträge auf Empfehlung vergeben. Ein guter Ruf ist da das Wichtigste.

**Den Grund für das Programm habt ihr so umschrieben: »Die Geschichte lehrt: Wo immer Menschen durch ihre Arbeit eine Familie ernähren können und es zu einem bescheidenen Wohlstand bringen, haben sie etwas zu verlieren.« Deshalb hegtet sie in der Regel einen »ausgeprägten Argwohn gegen Gewaltprediger« und setzten sich für Frieden und stabile politische Verhältnisse ein. Könnt ihr da schon Erfolge verbuchen?**

Noch stehen wir am Anfang, denn das ist das erste Projekt dieser Art – die Welt haben wir also noch nicht verändert. Eines darf man nicht vergessen: Im Moment taugen in Palästina eher bewaffnete Kämpfer zu Helden – es ist schwierig, innerhalb weniger Wochen die gesellschaftlichen Wunden zu heilen. Allerdings häufen sich die Nachfragen bei unserer Bau- und Holzarbeiterinternationalen nach ähnlichen Programmen. Von daher trägt das Projekt erste Früchte.

**Der Gastaufenthalt soll auch dem Austausch mit jungen Leuten in Deutschland über den Alltag und die politischen Entwicklungen in der arabischen Welt dienen. Wie hat es den jungen Palästinensern in Deutschland gefallen, was nimmt die IG BAU-Jugend mit?**

Vor allem die Azubis im Ausbildungszentrum erhalten im täglichen Umgang wertvolle Einblicke in den Alltag unserer Kollegen: Nachrichtenmeldungen werden plötzlich real und zu »echten« Schicksalen. Wir werden versuchen, den Kontakt aufrecht zu erhalten. Das ist zwar nicht ganz einfach, aber Facebook und Co. werden uns da sicherlich gute Dienste erweisen.

## Gastaufenthalt

Die IG BAU qualifiziert junge Palästinenser in Bauberufen: Über ihre Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung erhalten sechs Palästinenser die Möglichkeit, sich acht Wochen lang in Nürnberg in modernen Bautechniken fortzubilden. Gleichzeitig dient der Gastaufenthalt zum intensiven Austausch mit jungen Deutschen über den Alltag und die politischen Entwicklungen in der arabischen Welt.

Rund jeder Dritte ist in Palästina ohne festen Job. Mit der Unterstützung der IG BAU sollen die Jobchancen der Projekt-Teilnehmer steigen. ▀

[www.igbau-jugend.de](http://www.igbau-jugend.de)

Ansonsten haben auch wir wertvolle Erfahrungen gesammelt, die uns dabei helfen, die Probleme, Sorgen und Wünsche junger Leute in der arabischen Welt mit anderen Augen zu sehen. Ausbildung, Jobs, Zukunft: Die sind die gleichen wie hier, nur unter anderen Rahmenbedingungen. Und das eint uns. ▀

**»Wir sehen nun die Probleme junger Leute in der arabischen Welt mit anderen Augen.«**

## Aktivposten

■ Jetzt geht's los: Die **Campus-Touren** starten in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg. Die Gewerkschaftsjugend wird das Thema Praktikum ins Zentrum stellen.

[www.campustour.info](http://www.campustour.info) und regionale DGB-Jugend-Seiten

■ Eine Petition für eine kostenfreie Ausbildung in der Altenpflege unterstützt die **DGB-Jugend Bayern**: Der Bedarf an Altenpflegefachkräften wird aufgrund der älter werdenden Bevölkerung in den nächsten Jahren deutlich steigen. Die Landesregierung will aber den Schulgeldausgleich für Auszubildende in der Altenpflege kürzen. Die Folge wäre, dass Azubis in der Altenpflege mehr Schulgeld bezahlen müssten. Dazu sagen wir laut und deutlich: Nein!

[www.dgb-jugend-bayern.de](http://www.dgb-jugend-bayern.de)

■ Die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums Berlin hat beschlossen, die Bundes-

wehr nicht herein zu lassen. Die Kooperationschule der **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** ist damit eine der ersten Schulen Berlins, die sich klar gegen die Präsenz der Bundesarmee in der Schule ausspricht und deren Werbeangebote deutlich ablehnt.

Die DGB-Jugend begrüßt die Entscheidung und fordert alle Schulen im Land auf, sich diesem Beispiel anzuschließen. Längst sei die Bundeswehr keine reine Verteidigungsarmee mehr. Sie führe Krieg und setze deutsche Wirtschaftsinteressen im Ausland durch. An Schulen habe sie daher nichts zu suchen.

[www.dgb-jugend-bb.de](http://www.dgb-jugend-bb.de)

■ Die **IG BAU-Jugend** hat herausgefunden: Die junge Generation stellt sich auf eine ungewisse berufliche Zukunft ein. Die Aussicht auf lediglich unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigung ist für Jugendliche bereits der Normalfall geworden. Dies hat eine Umfrage der

IG BAU-Jugend unter 3.500 Auszubildenden und jungen Beschäftigten ergeben. Kaum ein Auszubildender glaubt demnach, dass er eine unbefristete Stelle findet oder in seinem Arbeitsleben von Kündigungen verschont bleibt. Vier Fünftel der Befragten rechnen damit, dass es in Zukunft immer mehr befristete Arbeitsverträge geben wird und die Löhne womöglich unter das Existenzminimum fallen könnten. Mehr als die Hälfte geht davon aus, dass man in Zukunft auf mehrere Arbeitsstellen angewiesen sein wird, um nicht in Hartz IV abzurutschen. Und: Nur knapp mehr als die Hälfte der derzeitigen Azubis hält eine Übernahme nach der Ausbildung für wahrscheinlich.

[www.igbau-jugend.de](http://www.igbau-jugend.de)

■ Eine große neue Jugendkampagne hat die **IG Metall-Jugend** gestartet. Motto: »Arbeit: Sicher und fair.«

[www.jungegeneration.de](http://www.jungegeneration.de)

Tipp des Monats

Viele Menschen müssen zu Niedriglöhnen in Deutschland arbeiten. Und mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit wird auch noch eine Ausdehnung des prekären Sektors erwartet. Eine große Herausforderung für die Gewerkschaften.

Wie verbreitet Armutslöhne hierzulande heute schon sind und was die Betroffenen sagen, das zeigt das Buch »Leben ohne Mindestlohn – Arm wegen Arbeit«.

Hier kommen die Ausgebeuteten selbst zu Wort; Analysen von ExpertInnen runden das Buch ab und zeigen, warum in Deutschland immer mehr Menschen mit Armutslöhnen abgespeist werden.

Fazit: Der gesetzliche Mindestlohn muss her!
Günter Wallraff, Frank Bsirske, Franz-Josef Möllenberg (Hg.):
Leben ohne Mindestlohn. Arm wegen Arbeit. Niedriglöhner,
Leiharbeiter und »Aufstocker« erzählen, VSA-Verlag, Hamburg 2011,
176 S., 12,80 Euro



Fiese Tricks: Druck auf die Löhne, Druck auf die Menschen: Regina Michalik ist Coach für Intrigenkompetenz und in ihrer täglichen Arbeit mit Opfern von Machtspielen im Büro konfrontiert. In ihrem Buch zeigt



sie, wie man den betriebsinternen Spielchen auf die Schliche kommt und wie man sich wehren kann.

Regina Michalik: Intrige. Machtspiele – wie sie funktionieren – wie man sie durchschaut – was man dagegen tun kann, Econ-Verlag, Berlin 2011, 304 S., 18 Euro

Hattingen – Seminare

Politische Medienkompetenz, Teil 1: Wie kommt das Internet auf die Straße? Die junge Generation bringt nicht nur eine hohe Bereitschaft mit, sich mit ihrer Gesellschaft auseinanderzusetzen, sondern auch die entsprechenden Fertigkeiten. Die Seminarreihe möchte den Einsatz der digitalen Medien für gewerkschaftliche Kampagnenarbeit betrachten – und ausprobieren!

28. August bis 2. September 2011. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

TeamerInnenausbildung – für die gewerkschaftliche Jugendarbeit, Teil 1: Wie fange ich an, wenn ich das erste Mal vor einer Seminargruppe stehe, welche Methoden kann ich verwenden, wie vermittele ich gewerkschaftliche Standpunkte? Mit dem neuen Seminarkonzept bietet die DGB-Jugend erstmals bundesweit eine Qualifizierung für ehrenamtliche TeamerInnen an.

19. bis 23. September 2011. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Soziale Frage: Die Annahme ist populär, dass Prekarisierungsprozesse einen Nährboden für rechtsextreme Orientierungen darstellen. Aber profitieren die Rechten wirklich von Abstiegsängsten? Schwierige Frage. Bernd Sommer hat eine Studie zum Verhältnis von sozialer Unsicherheit und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland durchgeführt. Seine Antwort lautet: Jein.

Bernd Sommer: Prekarisierung und Resentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, VS-Verlag, Wiesbaden 2010, 318 S., 39,95 Euro



Gut gesagt! »Die Zukunft gehört der jungen Generation. Sie sollte entscheiden, wie sie leben und arbeiten will. Wir werden das nicht den Arbeitgebern überlassen.«



Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock
Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172
E-Mail: jkiontk@web.de
Internet: www.dgb-jugend.de
Druck: PrintNetwork pn GmbH
Redaktion: Jürgen Kiontke
Grafik: Heiko von Schrenk
Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)
Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

solik aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Solik aktuell online abonnieren auf http://www2.dgb-jugend.de/service/solik\_aktuell

Ich möchte monatlich \_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

Form fields for name, organisation, street, plz, and address.

DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Solik aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin